

Leopold Rückert (1881–1942)

Sozialdemokrat – badischer Staatsminister und Verteidiger
der Weimarer Demokratie

Michael Kitzing

»Wir sind entschlossen zum Kampfe gegen euch und gegen die Stickluft einer Partei, die nichts anderes hat als Schlagworte«, einer Partei die, »die Einsicht und Überzeugung des Einzelnen ... durch den Befehl des Führers ersetzt«, einer Partei, der »es darauf ankommt, die Massen politisch rechtlos zu machen«¹.

Mit diesen scharfen Worten parierte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Leopold Rückert in der Landtagssitzung vom 26. April 1932 entschlossen und mutig die Angriffe der badischen Nationalsozialisten, wobei er auch der Öffentlichkeit vor Augen zu führen versuchte, dass die Nationalsozialisten keinerlei Lösungskompetenz zur Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme besaßen, sondern sich vielmehr darauf beschränkten, das »Weimarer System« in polemischen Wendungen hierfür verantwortlich zu machen: »Die Nationalsozialisten sind mit diesen Dingen (den wirtschaftlichen Problemen) sehr rasch fertig: Sie sagen einfach, »das System ist schuld«, ... »wenn das System beseitigt ist, dann wird alles besser werden« ... In einer nationalsozialistischen Zeitung ist man sogar so weit gegangen, auszusprechen, dass, wenn das System beseitigt ist, die Ochsen und Pferde sich freuen und das Gras wieder schneller wachsen würde«². Zugleich brachte Rückert den entschiedenen Willen der badischen Staatsregierung, der Rückert in diesen Jahren als Staatsrat und im Spätsommer und Herbst 1932 als kommissarischer Innenminister angehörte, zum

Ausdruck, dem heraufziehenden Totalitarismus unter Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten entgegenzutreten. Bei seinem Eintreten für den Erhalt des demokratischen Verfassungsstaates ging es Rückert selbstverständlich auch um die Verteidigung seines eigenen Lebenswerkes, hatte er doch maßgeblichen Anteil an der Begründung und Konsolidierung des Freistaates Baden, für den er u. a. als Verkehrsminister (1918/19), als Arbeitsminister (1919–21) und als langjähriger Landtagsabgeordneter (1919–1933) Verantwortung übernommen hatte.

Ein Blick auf das Leben Leopold Rückerts³, der hier geworfen werden soll, ist somit zugleich auch ein Überblick über wichtige Stationen der badischen Geschichte während der zwanziger Jahre.

Leopold Rückert wurde am 20. April 1881 in Karlsruhe als Sohn eines Schlossers geboren und besuchte zunächst in seiner Heimatstadt die Volksschule, um anschließend den Beruf des Vaters zu erlernen. Gewerkschaftlich und politisch engagiert hat sich Rückert seit 1905, als er das Amt des Geschäftsführers des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Karlsruhe übernahm; vier Jahre später wurde er schließlich in der badischen Residenz zum Stadtverordneten gewählt. Damit hat Rückert im Umfeld von Wilhelm Kolb gewirkt, der als Redakteur der Karlsruher SPD-Zeitung Volksfreund und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion (1909–1918) das Selbstverständnis der badischen Sozialdemokraten im Zeitalter des Wil-

helminismus und auch noch der Weimarer Republik nachhaltig geprägt hat: Kolb⁴ war in seinem politischen Denken und Handeln ganz dem von Eduard Bernstein konzipierten Revisionismus gefolgt, d. h. er war davon ausgegangen, dass sich das kapitalistische System keineswegs als derart krisenanfällig gezeigt hatte wie von Marx vermutet und dass es auch nicht zu einer immer schärferen Polarisierung zwischen immer weniger Besitzenden und einer immer größeren besitzlosen Masse kommen würde. Aus diesem Grund hatte Kolb den Gedanken einer schlagartigen revolutionären Überwindung des Systems aufgegeben und sich vielmehr dafür eingesetzt, durch »positive Mitarbeit« und »Übernahme von Verantwortung« innerhalb des bestehenden Systems eine schrittweise Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft anzustreben. Ihren Ausdruck fand diese Überzeugung in der seit 1905 bestehenden Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Liberalen im Großblockbündnis, aber auch bei den Vorgängen im November 1918, bei denen Rückert erstmals landespolitisch eine tragende Rolle spielen sollte, wirkte diese Überzeugung nach.

Als es am 10. November 1918 zum Sturz des Großherzogs und zur Bildung der Vorläufigen Volksregierung kam⁵, ist es u. a. sein Verdienst, dass der Umsturz in Baden im November 1918 weitgehend unblutig und ohne Ausschreitungen verlief: Während am 9. November 1918 seitens des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates der Versuch gemacht wurde, in Baden eine sozialistische Räterepublik auszurufen, wurde dieses Ansinnen vom Karlsruher Arbeiter- und Soldatenrat letztendlich abgelehnt. Dieser einigte sich vielmehr mit dem auf Veranlassung von Oberbürgermeister Siegrist aus Vertretern aller Parteien konstituierten »Wohlfahrts-

ausschuss« auf die Bildung einer Vorläufigen Volksregierung. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Bildung der Vorläufigen Volksregierung hat sich Rückert darum bemüht, diese auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis zu stellen – mit Erfolg! Anders als in Preußen und im Reich setzte sich die badische Übergangsregierung nicht ausschließlich aus Vertretern der beiden Arbeiterparteien, sondern aller politisch relevanten Kräfte des Landes zusammen. Rückert ist auf Vorschlag des späteren Finanzministers Heinrich Köhler als Verkehrsminister in die neue Regierung eingetreten.

Im Januar 1919 wurde Rückert sowohl in die Badische als auch in die Deutsche Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt. In der Weimarer Nationalversammlung hat er im Plenum allerdings nur einmal das Wort ergriffen, als er in einer Anfrage die Reichsregierung nachdrücklich auf die Übergriffe der Franzosen auf badische Behörden im besetzten Kehl hinwies⁶. Damit sprach Rückert freilich ein zentrales Anliegen der badischen Regierung an, befürchtete diese doch stets, dass vor dem Hintergrund der Rheinlandbesetzung in Berlin allzu schnell in Vergessenheit geriet, dass auch Teile Badens (Kehl, Breisach, sowie später während der Ruhrkrise 1923/1924 auch Offenburg und die Rheinhäfen von Mannheim und Karlsruhe) von den Franzosen besetzt waren⁷.

Bei der Regierungsumbildung im April 1919 übernahm Rückert nunmehr das Ministerium für Arbeit und Soziales. In dieser Position kam dem neuen Minister einerseits die Aufgabe zu, die Elektrifizierung des Landes, insbesondere der peripheren Randregionen, voranzutreiben. Andererseits galt es, dem erheblichen Wohnungsmangel, der durch das Erliegen der Bautätigkeit während des Krieges und den Mangel an Baumaterialien so-

wie entsprechend hohen Baustoffpreisen in der Nachkriegszeit entstanden war, entgegen zu steuern⁸. Neuen Wohnraum wollte die Regierung gleichermaßen durch die Umnutzung ehemaliger Kasernen – bspw. in der Landeshauptstadt – wie auch durch groß angelegte Siedlungsprojekte gewinnen: Im Staatsforst Hagenschieß bei Pforzheim sollte eine Siedlung mit 50 kleinen Bauernstellen angelegt werden⁹. Das Projekt war in Pforzheim anfänglich umstritten, auf Widerstand trafen sowohl die vorschnell vorgenommene Abholzung des Waldes, genauso war fraglich, ob die wasserarme Höhenlage für die Schaffung von Siedlerstellen überhaupt geeignet war. Gleichwohl kam es zur Verwirklichung des Siedlungsprojektes zur Gründung der »Badischen Siedlungs- und Landesbank G. m. b. H.«, an der sich u. a. der badische Staat mit einem Kapital von zwei Millionen RM, die Badische Landwirtschaftskammer mit einer weiteren Million sowie zahlreiche Städte mit namhaften Summen beteiligten. Durch den Konkurs der »Badischen Siedlungs- und Landesbank« nur knapp ein Jahr nach ihrer Gründung (»Hagenschieß-Skandal«) scheiterte das Siedlungsprojekt jedoch, wobei die genauen Umstände des Konkurses auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht geklärt werden konnten. Da sich Rückert stark mit dem Projekt identifiziert hatte, sah er sich gezwungen, sein Ministeramt Anfang 1921 niederzulegen¹⁰.

Nach seinem Ausscheiden als Arbeitsminister ist Rückert seit der Mitte der 1920er Jahre als Fachmann seiner Fraktion für Finanz- und Steuerfragen hervorgetreten; im Jahr 1928 wurde er schließlich zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt. Ziel der Finanzpolitik musste nach Ansicht Rückerts dabei sein, »unserer Steuergesetzgebung einen sozialen Charakter zu geben«¹¹. Folglich sah

es Rückert als Verpflichtung der Regierung an, sich für die Belange der Arbeiterschaft, insbesondere der Not leidenden Tabak- und Textilarbeiter, der kleinen Beamten und Angestellten, der Sozialrentner und Kriegsversehrten wie auch des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes einzusetzen¹². Als Wirtschafts- und Sozialpolitiker hat sich Rückert darüber hinaus noch für die Durchführung von umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere in den besetzten Gebieten (Durchführung der Kinzigverlegung bei Kehl) wie auch für den Ausbau des Fachschulwesens stark gemacht¹³.

Eine ambivalente Position hat Rückert in der Reichsreformdiskussion eingenommen: Einerseits plädierte er entsprechend der grundsätzlichen Haltung seiner Partei für die Schaffung eines Zentralstaates, der Föderalismus sei nichts weiter als teuer und stehe oft »im umgekehrten Verhältnis zu den gegenwärtigen Bestrebungen der Staatsvereinfachung und Einsparung von Mitteln«¹⁴. Andererseits stand Rückert schon als Arbeitsminister der erzbergerschen Finanzreform¹⁵ reserviert gegenüber: Im Zuge dieser Reform war es 1919 zur Übertragung der Steuerhoheit von den Ländern auf das Reich gekommen war, so dass die Länder nunmehr über nur noch verhältnismäßig geringe Einnahmen aus direkten Steuern verfügten und in starkem Maße von der Überweisung bestimmter Anteile an den Reichssteuern, insbesondere der Einkommenssteuer, abhängig waren. Als Vorsitzender des Finanzausschusses hat Rückert nunmehr immer wieder betont, dass so lange die Länder bestünden und Aufgaben zu erfüllen hätten, ja so lange das Reich den Ländern immer neue Aufgaben zuweise, so lange auch den Ländern Lebensraum gegeben werden müsse¹⁶. In diesem Sinn kritisierte Rückert den zu geringen Anteil der Länder an den

Überweisungssteuern, der nicht ausreichte, um die den Ländern auf dem Gebiet der Kultur- und Sozialpolitik aufgebürdeten Lasten zu erfüllen¹⁷. Diesen Verpflichtungen nachzukommen fiel Baden, wie Rückert zudem mehrfach betonte, umso schwerer, nachdem das ehem. Großherzogtum durch den Versailler Vertrag zum Grenzland geworden war, sich durch den Verlust der Märkte in Elsass-Lothringen in einer wirtschaftlichen Dauerkrise befand und somit in besonderem Maße der finanziellen Unterstützung durch das Reich bedürfte¹⁸.

In den Jahren ab 1925 ist Rückert schließlich wiederholt in den Generaldebatten des Landtages als Sprecher seiner Fraktion hervorgetreten. Im Mittelpunkt seiner Redebeiträge stand dabei stets ein eindeutiges Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit der Zentrumsparterie wie auch der DDP im Rahmen einer Weimarer Koalition. Diese Koalition habe im Jahr 1918 den neuen Staat aus den Trümmern gehoben und diesen »über alle Stürme der Nachkriegszeit an das rettende Ufer«¹⁹ geführt. Die Weimarer Koalition bildete für Rückert die Grundlage einer stabilen Politik in Baden, die sich wohltuend von den z. T. chaotischen Verhältnissen in anderen Ländern in den ersten Jahren der Republik abhob. Abgelehnt hat Rückert dagegen die von der Zentrumsparterie prinzipiell befürwortete Erweiterung der Weimarer- zu einer Großen Koalition. Wiederholt attackierte er in den Generaldebatten die DVP, die seiner Ansicht nach keineswegs loyal auf dem Boden der Republik stand. Zudem warf er den Nachfolgern der Nationalliberalen vor, vollkommen einseitig die Interessen des Großkapitals zu vertreten, wodurch sich eine Zusammenarbeit mit der SPD als Vertretung der Arbeiterschaft von vornherein verbiete²⁰. Nur äußerst ungern sah es die seit 1931 von Rückert geführte SPD-Fraktion folglich, dass nach dem

endgültigen Ausscheiden der DDP aus der Regierung 1929 die Zentrumsparterie 1931 die Einbeziehung der DVP in die Staatsregierung durchsetzte. Nach dem Wechsel von Ludwig Marum und Adam Remmele in die Reichspolitik wurde Rückert bei der Regierungsumbildung im Sommer 1931 als Staatsrat erneut in die Regierung gewählt. In dieser Position wie auch im Spätsommer und Herbst 1932, als er nach dem überraschenden Tod von Emil Maier kommissarisch mit der Leitung des Innenministeriums betraut wurde, hat Rückert – wie eingangs aufgezeigt – das konsequente Vorgehen der Staatsregierung gegen die seit 1929 auch in Baden immer stärker werdenden Nationalsozialisten mitgetragen²¹.

Doch trotz der gemeinsamen Frontstellung der Regierungsparteien gegen den politischen Radikalismus und der langjährigen durchaus erfolgreichen Zusammenarbeit kam es im November 1932 zum Bruch der Koalition zwischen Zentrum und SPD²². Anlass hierfür bildete der von der Zentrumsparterie betriebene Konkordatsabschluss, der von der badischen SPD-Landtagsfraktion wenn auch nicht ohne Zögern unterstützt wurde. Als im Laufe des Jahres 1932 seitens der KPD zunehmend mehr Druck auf die SPD ausgeübt und den Sozialdemokraten bei einer etwaigen Zustimmung zum Konkordat Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft vorgeworfen wurde, fürchtete man in der badischen SPD, weiter Stimmen an die Kommunisten zu verlieren, weshalb der Offenburger Landesparteitag vom 27. November 1932 die Landtagsfraktion nunmehr auf ein »nein« bei der Abstimmung über das badische Konkordat festlegte. Dagegen wurde der Vorschlag Rückerts sich bei der Abstimmung lediglich zu enthalten – dies hätte freilich im Ergebnis die problemlose Annahme des Konkordats mit den Stimmen von Z und DVP bedeutet – vom Offenburger Parteitag

ausdrücklich abgelehnt. Gegen seine Überzeugung musste Rückert somit die Zusammenarbeit mit der Zentrumsparlei aufkündigen, aus dem Ministerium ausscheiden und das für die Bekämpfung des politischen Radikalismus so wichtige Innenministerium preisgeben.

Nur wenige Monate nach dem Bruch der Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie kam es im März 1933 auch in Baden zur NS-Machtergreifung, in deren Gefolge Rückert am 18. März 1933 verhaftet wurde. Erst nach etwas über drei Monaten wurde Rückert wieder aus dem Karlsruher Gefängnis entlassen, danach ist so gut wie nichts mehr über sein weiteres Schicksal bekannt. Bekannt sind lediglich die Umstände seines Todes am 11. November 1942: Rückert starb an den Folgen eines Herzinfarkts, den er während eines Verhörs bei der Gestapo erlitten hatte.

Anmerkungen

- 1 Die Zitate: Amtliche Berichte über die Verhandlungen des badischen Landtages 1931/32, Sp. 1162 und 1159.
- 2 Ebd., Sp. 1159.
- 3 Zum Leben Rückerts allgemein vgl. Frank Raberg: Leopold Rückert (1881–1942), in: Blick in die Geschichte 1998, 39/40, S. 1; Ders.: Leopold Rückert, in: Badische Biographien NF, Bd. 6, erscheint voraussichtlich Ende 2011; Manfred Koch / Karl Briem (Hrsg.): Im Mittelpunkt der Mensch: Parlamentsreden Karlsruher SPD-Abgeordneter, Karlsruhe 2001, S. 55–62; knappe biographische Angaben zum Lebensweg Rückerts vgl. auch u. a. in: Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, 3. Aufl. Düsseldorf 1994, Nr. 1278.; Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Düsseldorf 1995, Nr. 181090.
- 4 Zum politischen Denken Kolbs vgl. Hans-Joachim Frenzen: Die SPD in Baden 1900–1914, in: Jörg

Schadt / Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979, S. 88–106, hier: S. 92–99.

- 5 Zum Umsturz in Baden vgl. u. a. Wilhelm Engelbert Oeftering: Umsturz in Baden. Konstanz 1920; Wolfgang Hug: Geschichte Badens, Stuttgart 1992, S. 303–311; Michael Braun: Der Badische Landtag 1918–1933. Düsseldorf 2009, S. 35 ff.; zur Rolle Rückerts vgl. Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes. Herausgegeben von Josef Becker. Stuttgart 1964, S. 77–91, insbes. S. 81 f., 85, 90.
- 6 Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, Sp. 1884 C.
- 7 Zur Besetzung Badens während der Weimarer Zeit vgl. bspw. Hermann Schäfer: Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. 2. Aufl. Stuttgart 1987, S. 168–183; vgl. insbes. die Karte auf S.169.
- 8 Vgl. Amtliche Berichte 1919/1920, Sp. 1546 (zu Fragen des Wohnungsbaues insbes. in Karlsruhe), sowie Amtliche Berichte 1920/1921, Sp. 57 ff., Sp. 64 ff. (zu Fragen der Elektrizitätsversorgung, hier im Kreis Mosbach, sowie im Seegebiet), Sp. 96 ff. (Ausbau des Murgwerks).
- 9 Zur nachfolgend knapp geschilderten »Hagenschieß-Affäre« vgl. Hans-Georg Zier: Geschichte der Stadt Pforzheim. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1982, S. 289 f.
- 10 Vgl. hierzu auch: Rücktritt des Arbeitsministers, in: Volkszeitung 15/19.1.1921
- 11 Amtliche Berichte 1930/31, Sp. 829.
- 12 Vgl. Amtliche Berichte 1927/28, Sp. 2386 (Forderung nach steuerlicher Entlastung des Kleinbesitzes) sowie ebd., Sp. 2388 f. (Forderung nach sozial gerechtem Steuersystem); Amtliche Berichte 1930/31, Sp. 829 (Forderung nach sozialem Charakter der Steuergesetzgebung), ebd. Sp. 837 (Eintreten für die Belange der Tabakarbeiterschaft).
- 13 Zur Forderung Rückerts nach Schaffung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen vgl. Amtliche Berichte 1925/26, Sp. 2577 f.; sowie Amtliche Berichte 1927/28, Sp. 2385 f.
- 14 Amtliche Berichte 1925/1926, Sp. 2581.
- 15 Zur Bedeutung der Finanzreform für Baden vgl. Manfred-Peter Heimers: Unitarismus und süddeutsches Selbstbewusstsein. Weimarer Koali-

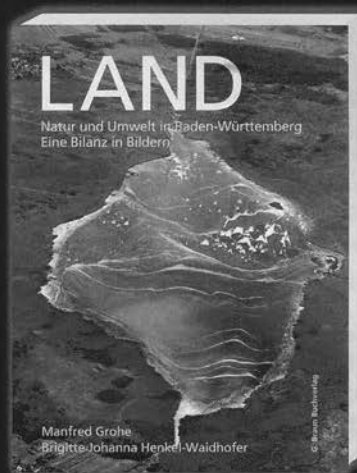
- tion und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918–1933. Düsseldorf 1992, S. 81–98.
- 16 Vgl. Amtliche Berichte 1929/30, Sp. 684.
- 17 Vgl. Amtliche Berichte 1929/30, Sp. 684 f.
- 18 Vgl. ebd., sowie Amtliche Berichte 1931/92, Sp. 1150 (Hinweis auf Notlage des Grenzlandes).
- 19 Amtliche Berichte 1925/1926, Sp. 153.
- 20 Zu den Angriffen Rückerts auf die DVP vgl. Amtliche Berichte 1925/26, Sp. 156 f.; Amtliche Berichte 1925/26, Sp. 2582 f.
- 21 Zum Vorgehen der badischen Staatsregierung gegen den politischen Radikalismus vgl. Hermann Brandel: Staatliche Maßnahmen gegen den politischen Radikalismus in Baden 1930–1933. Diss. iur. Heidelberg 1976.
- 22 Zum badischen Konkordat und zum Bruch der Koalition im November 1932 vgl. Joachim Köhler: Die katholische Kirche in Baden und Württemberg in der Endphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Re-

publik in Baden und Württemberg 1928–1933. Stuttgart 1982, S. 257–294, hier: S. 259 ff.; Erich Matthias: Die Mannheimer Sozialdemokraten und der Bruch der Badischen Koalition am 30. November 1932, in: IWK 15 (1979), S. 437–442. Jutta Stehling: Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik, in: Schadt / Schmierer: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (wie Anm. 4), S. 132–160, hier: S. 157 ff.



Anschrift des Autors:
Michael Kitzing
Samlandstraße 31
78224 Singen a. H.

FASZINIEREND UND ERSCHÜTTERND



Die Vielfalt der Lebensräume in Baden-Württemberg und die Veränderung der Landschaft zeigen die Luftbildaufnahmen von Manfred Grohe. Das perfekte handwerkliche Können des renommierten Fotografen wird bei jedem der 143 großformatigen Bilder deutlich, die auch kleinste Details noch erkennen lassen. Diese ästhetisch gelungene Bestandsaufnahme ist so faszinierend wie erschütternd.

Knappe und zugleich präzise Texte der Journalistin Brigitte Henkel-Waidhofer erläutern in kongenialer Weise die Fotos. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.

208 Seiten, 143 Farbabbildungen
gebunden mit Schutzumschlag
24,5 x 32,5 cm
36,00 € · ISBN 978-3-7650-8600-7

www.gbraun-buchverlag.de **G. BRAUN** BUCHVERLAG 